

Kundgebung 19.3.2011

**„Für Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung
in Libyen und der Nahostregion“**

Bernd Brack, ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen, EFF

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen solidarisiert sich mit dem Befreiungskampf der Menschen in Libyen, dem nahen Osten und Nordafrika.

Wir hoffen mit diesen Menschen auf das Ende der Diktaturen und eine Zukunft, in der Demokratie, Menschenrechte und Selbstbestimmung verwirklicht werden.

Unsere besondere Anteilnahme gilt den unzähligen Flüchtlingen, die, um ihr Leben und das ihrer Angehörigen zu retten ihre Heimat und ihr Hab und Gut verlassen müssen. Wir wissen aber auch auf Grund der noch nicht lange zurück liegenden und zum teil noch andauernden Kriege, wie zum Beispiel in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, im Irak und in Afghanistan, dass das Elend und das Morden als Ursachen für die Fluchtbewegungen erst recht eskalieren, wenn sich fremde Militärmächte - allen voran die USA und ihre so genannten Freunde - einmischen.

Sie tun dies unter dem Mäntelchen der Humanität.

In Wahrheit sind es wirtschaftliche Interessen. Mal sind es die Öl- und Gasressourcen, mal die Handelswege hierfür und für unsere Waffenexporte.

Nun hat am Donnerstag dieser Woche der UN-Sicherheitsrat die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen beschlossen. Mit der Option, zum angeblichen Schutz der Zivilbevölkerung alle notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können. Das bedeutet doch im Klartext - wir sind wieder in einem weiteren brutalen Krieg.

Vor diesem Hintergrund erhalten die Forderungen im Aufruf zu unserer heutigen Kundgebung eine besondere Aktualität. Wir fordern darin:

„Eine humanitäre Lösung des erfordert seitens der UNO, der EU und Deutschlands vor allem

-
dass Fluchtkorridore für die bedrohten Menschen in Libyen und der Region geschaffen werden. Dass die in libyschen Gefängnissen inhaftierten Flüchtlinge aus anderen Krisenstaaten freigelassen werden. An den Grenzübergängen Libyens nach Tunesien und Ägypten muss die Evakuierung ohne militärische Drohgebärden vollzogen werden. Deutschland und die EU dürfen sich nicht vor der Verantwortung drücken, schutzsuchende Menschen aufzunehmen.

Die vom Sicherheitsrat einstimmig verhängten Sanktionen, insbesondere das Waffenembargo, müssen ohne Schlupflöcher umgesetzt werden. Das Verbot deutscher Waffenexporte in Krisenregionen muss grundsätzlich verwirklicht werden. Hoffentlich ist es jetzt dafür nicht zu spät!

Und noch ein Appell zum Schluss:

Sollten es einige Flüchtlinge schaffen, bis hierher nach Deutschland zu kommen, so wollen wir ihnen beistehen und helfen, ihren Aufenthalt menschenwürdig zu gestalten. Zeigen wir ihnen, dass Deutschland besseres zu bieten hat als Tod bringendes Militär! Ich danke Ihnen.